

Erscheint täglich Abends
Som- und Festtage ausgenommen. Bezugspreis vierteljährlich bei der Geschäfts- und den Ausgabestellen 1,80 Mk., durch Boten ins Haus gebracht 2,25 Mk., bei allen Postanstalten 2 Mk., durch Briefträger ins Haus 2,42 Mk.

Thorner

Anzeigengebühr
die 6 gespalt. Kleinzeile oder deren Raum für Heflage 10 Pf., für Auswärtige 15 Pf., an bevorzugter Stelle (hintern Text) die Kleinzeile 30 Pf. Anzeigen-Aannahme für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachmittags.

Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brüdertstraße 34, I Treppe.
Erscheinungszeit 10-11 Uhr Vormittags und 3-4 Uhr Nachmittags.

Anzeigen-Aannahme für alle auswärtigen Zeitungen.
Gernsprech-Anschluß Nr. 46.

Geschäftsstelle: Brüdertstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Zum 200-jährigen Jubiläum der preussischen Krone.

Heute am 18. Januar sind 200 Jahre verfloßen, seitdem des Großen Kurfürsten Sohn sich die mit schweren Opfern teuer erkaufte preussische Königskrone in dem alten Ordensschlosse zu Königsberg i. Pr. aufs Haupt setzte. Diese Krönung war in erster Linie kein politisches Ereignis, sondern bedeutete, ganz im Sinne des prachtliebenden Kurfürsten Friedrich III., nur eine Vermehrung des Prunkes und des äußeren Glanzes am brandenburgischen Fürstenthum. — Zweihundert Jahre — ein langer Zeitraum! Wie reich an wechselvollen Schicksalen war er für die preussische Monarchie. Wer hätte es damals, bei dem prunkvollen Krönungsmaße im Moskowitzer Saale wohl geahnt, daß das Vollendete den Anfang zu einer stetig fortschreitenden Entwicklung bilden werde, zu einer Entwicklung, die 1871 in dem geeinten deutschen Reiche den besten Abschluß fand.

Wie klein und unscheinbar erscheint gegenüber dem heutigen großen Areal des deutschen Reiches die Ausdehnung des preussischen Staates vor 200 Jahren. Erst der große Friedrich brachte ihm durch die Eroberung Schlesiens einen bedeutenden Länderzuwachs. Ein trauriges Bild vollständiger Zerrissenheit bot unser Vaterland bei der vorigen Jahrhundertwende. Die Bezeichnung Deutschland war damals eben nichts mehr als ein geographischer Begriff. Und diese politische Zerrissenheit der mitteleuropäischen Staaten, die unauflösbaren Verhältnisse der deutschen Vielstaaterei, trugen ebenfalls dazu bei, dem genialen großen Napoleon die Arbeit und die Erreichung seiner hochfliegenden Pläne leichter zu machen. Die tiefste Demütigung erlebte Preußen, als ihm nach dem Tilsiter Frieden alle Länder jenseits der Elbe entzogen und aus ihnen der französische Rheinbund gebildet wurde.

Im Jahre 1812 brach dann der Konflikt zwischen Rußland und Frankreich aus, der für Napoleon so verhängnisvoll werden und den Anfang vom Ende bedeuten sollte. Preußen, seiner Ohnmacht sich bewußt, schloß zwar noch ein Bündnis mit Napoleon gegen Rußland, ging aber 1813 nach dem Untergange der französischen Legionen in Rußland und nachdem der preussische General York auf eigene Faust sich mit seinem Corps auf russische Seite geschlagen und nachdem auch der ostpreussische Landtag das Zeichen zur Erhebung gegeben hatte, offen gegen Napoleon vor und erklärte ihm am 16. März 1813 den Krieg. Ein gewaltiges Ringen war es, aber es gelang den vereinten Anstrengungen, den Niesen zu Boden zu fällen und damit das unglückliche Preußen aus den Fesseln der Fremdherrschaft zu befreien. Nach dem Pariser Frieden und dem Wiener Kongreß nahm Preußen seine frühere politische Stellung wieder ein, indem es als Entschädigung für die verlorenen Provinzen und seine Opfer im Freiheitskampfe nicht nur die früher besseren Landesteile links der Elbe wieder zurück erhielt, sondern auch in den Besitz einer Hälfte des Königreichs Sachsen, des Großherzogtums Posen nebst Danzig und mehrerer neuer Landesteile, ferner des Fürstentums Neuenburg und Schwedisch-Pommern nebst Rügen gelangte. Gleichzeitig trat Preußen in den deutschen Bund ein. Kleinere Gebietserweiterungen Preußens, so die Erwerbung Wilhelmshavens von Oldenburg, die dann später folgten, waren nur unbedeutender Art. Erst mit den drei letzten glorreichen Kriegen beginnt dann eine Periode bedeutenden Wachstums, die noch deutlich in aller Erinnerung sein dürfte, so daß wir uns ein genaueres Eingehen auf dieselben füglich ersparen können.

Heute bildet Preußen und damit Deutschland einen Machtfaktor, der in allen Streitfragen der Völker ein gewichtiges Wort mitreden darf. Im Besitze der besten Landmacht und einer mächtig aufstrebenden Flotte und deshalb achtunggebietend und gefürchtet, beherrscht von einem thatkräftigen, furchtlosen Regenten, der in jeder Lage ein ganzer deutscher Mann zu sein versteht, geht unser Vaterland, so Gott will,

einer gestärkten Zukunft entgegen. Möge ihm das folgende Jahrhundert neuen Ruhm und neue Ehren bringen, nicht auf den blutigen Gefilden verheerender Kriege, sondern auf dem Felde innerlicher Erstickung und Kulturarbeit. Das walle Gott!

Deutsches Reich.

Ueber das Kapitel des Schwarzen Adlerordens an diesem Donnerstag veröffentlicht der „Reichsanz.“ auf vier Spalten das Ceremoniell. Dem Kronprinzen werden bei der Einführung als Paten dienen Prinz Heinrich und Prinz Friedrich Leopold. Außerdem werden in das Kapitel eingeführt Prinz Georg von Sachsen, Prinz Rupprecht von Bayern, Generalinspektor Edler v. Planitz und der Reichszantzer.

Eine Abordnung des Vorstandes des preussischen Landeskriegerverbandes hat am Dienstag dem Kaiser ein durch freiwillige Beiträge früherer Soldaten aufgebracht Kapital von 120 000 Mk. überreicht für eine Stiftung mit dem Namen „Preussische Kriegerstiftung Kaiser Wilhelm II.“ Aus den Zinsen des Kapitals, das durch einen freiwilligen Beitrag jährlich vergrößert werden soll, sollen am 18. Januar jedes Jahres bedürftige Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene eine Unterstützung erhalten. Der Kaiser drückte seine Freude über diese Uebertragung aus, denn eine Stiftung, welche bestimmt ist, Not zu lindern und Thränen zu trocknen, sei viel besser geeignet, die Erinnerung an diesen Tag wach zu halten, als jede andere Widmung, welche ihm dargebracht worden wäre. Ganz besonders habe ihn die Höhe der Summe überrascht, welche die Kameraden zusammengebracht haben; „es ist ein hochachtbarer Beitrag, und er beweist mir, in welcher einheitlichen Weise die Kriegervereine zusammengefaßt sind.“ Gleichzeitig erklärte der Kaiser, er habe auf seinen Reisen überall beobachtet, „welch frischer, patriotischer Geist unter den Kriegervereinen weht.“

Allen getreuen Untertanen dankt der junge Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen Weimar für die „ungezählten Zeugnisse ihrer treuen Teilnahme“ an dem schweren Verluste, der durch den Tod des Großherzogs Karl Alexander das Land betroffen hat.

Die Toleranz-Kommission, die unter dem Vorsitz des Abg. Verno (C.) sich mit dem Toleranz-Antrage des Zentrums zu befassen hat, kommt mit ihren Arbeiten nicht vorwärts. Es ist beschlossen worden, die nächste Sitzung erst im Februar stattfinden zu lassen. Bis dahin soll umfangreiches juristisches und statistisches Material von der Regierung zusammengetragen werden.

An Stelle des bisherigen Landtagsabgeordneten für den Wahlbezirk Neustettin-Belgard, Landesdirektors a. D. Dr. Freiherrn v. d. Goltz, der infolge seiner Berufung in das Herrenhaus sein Mandat niedergelegt hat, ist konservativerseits, wie die „Pom. Reichsp.“ hört, der Rittergutsbesitzer v. Kleist-Drenow als Kandidat für die Neuwahl in Aussicht genommen worden.

Aus Kanalgegnern zu Kanal-freunden sind nach der „Schles. Zeitung.“ „sicherem Vernehmen nach“ die Vertreter der ober-schlesischen Montanindustrie ebenso wie die Mitglieder der Doppelner Handelskammer geworden. Dem konservativen Blatt zufolge werden die sämtlichen industriellen wirtschaftlichen Vereine und die Handelskorporationen Oberschlesiens schon in aller nächster Zeit öffentliche Erklärungen abgeben, daß sie für die erweiterte große neue Kanalvorlage sind, sofern durch dieselbe die dem Antrag des Grafen Strachwitz aus dem Jahre 1899 entsprechenden Kompensationen gewährt werden, und gleichzeitig werden dieselben Vereine sich mit ihren Abgeordneten in Verbindung setzen.

Zur Frage des Schuldotationsgesetzes. Die konservative Partei hat den Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht, die

Regierung zu ersuchen, das in den beiden letzten Sesssionen geforderte Schuldotationsgesetz baldigt vornehmen zu wollen. Bekanntlich versteht die konservative Partei unter dem Schuldotationsgesetz ein Volksschulgesetz, welches alle Streitfragen, die zu so lebhaften Kämpfen im Jahre 1892 über das Verhältnis von Staat, Gemeinde und Kirche führten, wieder aufrollen würde.

Die Fahnen der ehemaligen hannoverschen Armee, die im vorigen Jahre nach Berlin gesandt wurden, sind von dort nach dem „Hannov. Cour.“ auch bis heute noch nicht wieder zurückgekommen. Da man den Zweck der Maßregel nicht kennt, trete die Besorgnis hervor, daß die Feldzeichen der hannoverschen Armee, die auf Befehl Kaiser Wilhelms I. im Zeughaufe in Hannover ihren Ehrenplatz fanden, dauernd in Berlin verbleiben sollen.

Uniformstücke ohne blanke Knöpfe werden nach der „Spandauer Korresp.“ seit einigen Wochen von einzelnen Truppenteilen probeweise getragen. Eine wichtige Neuerung besteht darin, daß die blanken Knöpfe an den Uniformröcken fortan verschwinden sollen; vorn an der Brust sind die Knöpfe, von dunkler Farbe, unter dem Tuch angebracht. Der Stoff des Rockes, der die bequeme Form der Wiewka erhält, ist nicht mehr von blauer, sondern von graubrauner Farbe.

Den Anfang zum Pädlerischen Zukunftstaate scheint man in Halberstadt gemacht zu haben. Dort wurde in Stadtverordneten-Kollegium in Uebereinstimmung mit dem Magistrat der Beschluß gefaßt, daß nur Anhänger der christlichen Religion in die Schuldeputation gewählt werden dürfen. Als ein jüdischer Stadtverordneter in der Debatte Einspruch erhob und auf die Verletzung der Rechte der jüdischen Einwohner hinwies, die doch auch Kinder in die Schule schickten, erklärte der Oberbürgermeister Dr. jur. Dehler, daß die Ausschließung aller Nichtchristen von der Schulaufsicht vom Gesetz vorgeschrieben sei. Was mag das für ein Gesetz sein?

Der Krieg in China.

Die decision irrevocable ist nunmehr auch mit dem kaiserlichen Siegel versehen worden. Am Montag hatte Prinz Tsching noch erklärt, es sei so schwer, das kaiserliche Siegel zu erhalten, da es nur auf persönlichen Befehl des Kaisers ausgehändigt werden dürfe. Am Dienstag hat er sich nach einer New-Yorker Depesche aus Peking in Begleitung des Obergenerals nach der verbotenen Stadt begeben und dort den Dokumenten, die am Mittwoch den Befanden überreicht werden sollten, das kaiserliche Siegel aufgedrückt.

Li-Hung-Tschang soll als Friedensunterhändler durch Juanschitai ersetzt werden. Wie der „Standard“ aus Schanghai meldet, erhielt der Gouverneur von Schantung, Juanschitai, einen Befehl, sich nach Peking zu begeben, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Man glaube aber, daß Juanschitai dem Befehl nicht Folge leisten werde.

Der Bahnhof in Peking lag bisher eine halbe Stunde von der Stadt entfernt. Nunmehr haben am Montag französische Eisenbahn-Ingenieure in die westliche Stadtmauer eine Bresche legen lassen, um durch diese die Bahnlinie von Paotingfu in die Chinesenstadt hineinzuführen. Die von Tientsin kommende Linie soll bis an die Umwallung der Tartarenstadt geführt und der Bahnhof vor dem Wasserthor errichtet werden, durch das die Engländer seiner Zeit in die Stadt eindringen.

Der Krieg in Südafrika.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Pretoria von vorgestern haben die Buren am Renosterkop einen englischen Convoi, bestehend aus 12 Wagen, erbeutet. Die Bedeckungsmannschaften, welche aus 23 Mann bestanden, ergaben sich, nachdem zwei getötet und elf verwundet waren, wurden nachher aber wieder freigelassen.

Nach einem Telegramm des „Standard“ aus Durban hatten am Sonntag drei Schwadronen berittener Infanterie aus Johannesburg ein Gefecht mit Buren bei Holsfontein nördlich von Springs. Fünf Buren wurden getötet, darunter Kommandant van den Heeren, mehrere verwundet. Die Engländer hatten keine Verluste. (?)

Wo die Engländer jetzt bereits Kanonenfutter anwerben, lehrt ein Telegramm aus Marseille. Verschiedene eingetroffene Briefe stellen fest, daß die Engländer zahlreiche Abessinier als Soldaten angeworben haben, um sie nach Südafrika zu schicken. Der Negus Menelik traf zu spät an der Küste ein, um die Abfahrt seiner Landsleute verhindern zu können.

Bekanntnisse des Lords Roberts werden in englischen Hofkreisen folportirt. Sie stammen von dem Besuche, welchen Lord Roberts jüngst der Königin in Osborne gemacht hat und klingen glaubwürdiger, als die prahlerische Rundgebung des Oberkommandirenden, welche bereits vor acht Monaten den Krieg in Südafrika für beendet erklärte. Die Königin ersuchte den Lord um seine heutige Meinung und die Antwort soll sehr pessimistisch gelautet haben. Roberts soll offen erklärt haben, daß an ein baldiges Ende des Krieges nicht nur nicht zu denken sei, sondern daß dies überhaupt nur durch Jubilligung der Unabhängigkeit der beiden Republikten möglich sei. Lord Roberts gestand, daß England nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn es eine Armee von 300 000 Mann dauernd in Südafrika belassen könnte. (!) Die Neuerungen des englischen Oberbefehlshabers anlässlich der geplanten Ehrenbezeugungen lassen, wie man in jenen Hofkreisen glaubt, darauf schließen, daß England in absehbarer Zeit eine direkte oder indirekte Friedensvermittlung mit dem Präsidenten Krüger anbahnen wird.

Provinzielles.

Danzig, 16. Januar. Die hiesige Friedrich Wilhelm-Schützenbrüderschaft begeht in diesem Sommer ihr 550-jähriges Jubiläum. Im Mittelpunkt des Festes wird voraussichtlich ein historischer Feltzug stehen. Die Gilden des Provinzial-Schützenbundes werden zu der Feier geladen werden. — Die Illumination zur Zweihundertjahrfeier am 18. Januar wird hier eine allgemeine werden. Das neue Bahnhofsgebäude wird bis in die Spitze seines schlanken Turmes erleuchtet werden.

Dirschau, 15. Januar. Am 14. Dezember abends wurde der Viehhändler Stanislaus Cherubin, der bei dem Abbaubesitzer Josef Scholla in Kalkau in Arbeit stand, erschossen. Auf die Entdeckung der Thäter (es sollen zwei Personen und die That ein Nachakt gewesen sein) hat die Staatsanwaltschaft in Danzig eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt.

Elbing, 15. Januar. Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den Arbeiter Unruh wegen dreier vorsätzlicher Brandstiftungen in der Elbinger Niederung, durch welche große Schäden verursacht worden, zu zehnjähriger Zuchthausstrafe.

Rosenberg, 15. Januar. Die leidige Dsenklappe hat wieder ein Opfer gefordert. Vor einigen Tagen wurde die aus 4 Personen bestehende Familie Soot von Kohlendunst betäubt in der Wohnung gefunden. Während sich die anderen Mitglieder der Familie erholten, ist jetzt die 60-jährige Frau Soot infolge der eingeatmeten Gase gestorben.

Posen, 16. Januar. Zur Frage der Entfestigung Posen's erklärte der Herr Minister des Innern, der preussische Staat werde eintreten, wenn der Kriegsminister und die Stadt eine Einigung über den Preis nicht erzielen sollten.

Posen, 17. Januar. Der berühmte Kunstmaler, der Schöpfer des großen Bildes „Der Friede in Thorn im Jahre 1466“, Professor Marian Jaroczynski, ist in Posen gestorben.

Stadtverordnetenversammlung

vom 16. Januar.

Die heutige Sitzung unserer städtischen Körperschaften bot in verschiedener Hinsicht ein ganz besonderes Interesse. Nicht etwa nur deswegen, weil sie die erste Sitzung im neuen Jahr und neuen Jahrhundert gewesen, und also eine Reihe von Glückwünschen zu Tage förderte, auch nicht allein wegen der Neuorganisation des Vorstandes, der Einführung der neu-gewählten Verordneten, der Wahl der Ausschüsse u., das Hauptinteresse lag wohl darin, daß vor dem Eintritt in die eigentliche Sitzung unter dem Vorsitz des Ersten Bürgermeisters eine Beratung über den Bau eines Fortbildungsschulgebäudes in unserer Stadt stattfand, die vom Regierungspräsidenten veranlaßt war und der als Kommissar der königlichen Staatsregierung Herr Regierungsassessor Dr. Dschenfzig aus Marienwerder beizuwohnen. Derselbe mußte jedoch einsehen, daß die Thorneer sich nicht so leicht überreden lassen, als man vielleicht anfangs gehofft hatte. An der sachgemäßen vornehmen Ruhe des Ersten Bürgermeisters scheiterten alle Versuche des jungen Herrn, uns den Neubau des Gebäudes unter recht schweren Bedingungen aufzuhalsen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen sah er denn auch ein, daß hier nichts zu machen sei, klappte seine Akten zu und verließ den Saal unverrichteter Sache. Ueber die einzelnen Vorgänge bei der Beratung möge der folgende ausführlicher Bericht Kenntnis geben:

Am Magistratsstische wohnten der Sitzung bei: Erster Bürgermeister Dr. Kersten, Bürgermeister Stachowitz, Stadträte Dietrich, Kersch, Krüwe, Löschmann, Matthes, Stadtbaurat Colley und der Kommissar der königlichen Staatsregierung, Regierungsassessor Dr. Dschenfzig. Den Vorsitz führt Stadtverordnetenvorsteher Boethke, als Protokollführer fungiert Stadtverordneter Wolff, anwesend sind 32 Verordnete.

Stadtverordneter - Vorsteher Boethke: Meine Herren, indem ich mir erlaube, Ihnen zum neuen Jahre und Jahrhundert Glück zu wünschen, heiße ich Sie aus herzlichster Willkommen und hoffe, daß die angebrochene Zeit unserer Stadt zum Segen und zu gedeihlicher Weiterentwicklung gereichen werde, nicht an Zahl, so doch an Wohlstand, Eintracht und Bürgersinn. Zunächst liegt uns ob, die neu-gewählten Vertreter der Bürgerschaft in ihr neues Amt einzuführen und zu verpflichten, und ich bitte den Ersten Bürgermeister, die Einführung vollziehen zu wollen.

Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Im vorigen Herbst hat, wie Sie wissen, die regelmäßige Wahl für die Stadtversammlung stattgefunden, und sind dabei gewählt worden die Herren: Plehwe, Sieg, Rittler, Hensel, Kordes, Hartmann, Aronsohn, Dr. Lindau, Gluckmann, Cohn, Jähner und Schwarzh. Die meisten dieser Herren haben bisher schon mehr oder minder lange Zeit mit Fleiß und Hingabe im Dienste der Stadt als Stadtverordnete gewirkt. Die neu hinzugekommenen Herren haben auf anderem Gebiete Eigenschaften in gemeinnütziger Thätigkeit entfaltet. Ich bin überzeugt, daß die genannten Herren auch fortin ihre schönen Kräfte der Erledigung der städtischen Angelegenheiten mit Fleiß und Liebe widmen werden. Möge Ihre Arbeit von dem reichsten Erfolge begleitet sein und zum Segen unserer Heimatstadt Thorn gereichen. Und mit diesem Wunsche führe ich die Herren, mit Ausnahme des Herrn Rittler, den sein Mandat fern von uns hält, in ihr Amt ein und verpflichte sie mittels Handschlags an Eidesstatt. (geschicht.)

Stadtverordnetenvorsteher Boethke: Im Namen der Versammlung heiße ich Sie herzlich willkommen und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, die Sie mit Ehren und zum Nutzen und Wohle der Stadt ausfüllen werden. Erlauben Sie, daß ich Ihnen den Kommissar der königl. Regierung, Herrn Regierungsassessor Dr. Dschenfzig vorstelle. (geschicht.)

Der Vorsitzende erstattet nunmehr Bericht über den Personalbestand und die Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung im abgelaufenen Jahr 1900. Es haben in demselben 23 Sitzungen stattgefunden gegen 20 im Vorjahr. 4 Sitzungen trugen den Charakter außerordentlicher Versammlungen und zwar die Sitzungen am 11. Januar, 1. Juni, 30. Juni und 8. August. Die höchste Zahl der anwesenden Verordneten betrug 34 von 35, die geringste 23. 3 Stadtverordnete haben an allen Sitzungen teilgenommen, 1 nur an 8. Eine Sitzung wurde durch den stellvertretenden Vorsteher geleitet.

Hierauf wird zur Wahl des Vorstandes geschritten. Den Vorsitz übernimmt als Alterspräsident der

Stadtverordneter Preuß: Wie ich aus der Bürgerliste gesehen habe, ist es mir vergönnt, hier als ältester Sohn Thorns zu reden. In dieser langen Spanne Zeit ist mir die Ehre zu teil geworden, 45 Jahre Stadtverordneter, 28 Jahre Mitglied des Armendirektoriums, 30 Jahre Alterspräsident zu sein, auch sind mir sonst viele Ehrenämter übertragen worden, wofür ich der geehrten Versammlung hiermit meinen verbind-

lichsten Dank sage. Indem ich Magistrat und Stadtverordneten zum neuen Jahre und Jahrhundert herzlich Glück wünsche, erlaube ich mir, den Vorsitz zu übernehmen.

Bei der Wahl eines Vorsteher erhält der bisherige Vorsteher Boethke 29, die Stadtverordneten Hensel und Schlee je 1 Stimme, 1 Zettel ist unbeschrieben.

Stadtverordnetenvorsteher Boethke: Meine Herren, wenn Sie noch ein Jahr mit mir Geduld haben wollen, bin ich gern bereit, das Amt weiter zu übernehmen.

Es erfolgt die Wahl eines stellvertretenden Vorsteher. Derselbe ergibt für den bisherigen Stellvertreter Hensel 26, für die Stadtverordneten Schlee 3, Schwarz 2, Dauben 1 Stimme. Herr Hensel ist somit gewählt.

Auf Antrag des Ersten Bürgermeisters wird nun zunächst Nr. 24 der Tagesordnung: „Bau eines Fortbildungsschulgebäudes in Thorn“ beraten. Den Vorsitz übernimmt hierbei

Erster Bürgermeister Kersten: Wir haben seit längerer Zeit Verhandlungen mit verschiedenen Ministerien darüber gepflogen, in welcher Weise für das Fortbildungsschulwesen in unserer Stadt mehr gethan werden könnte, eventuell durch Errichtung eines für diese Zwecke bestimmten Gebäudes. Vor längerer Zeit hat nun hier eine Sitzung stattgefunden, an der zwei Ministerial-Kommissare — aus dem Handels- und Finanzministerium — und zwei Vertreter des Regierungspräsidenten teilgenommen haben und zu welcher auf Veranlassung des Präsidenten auch Vertreter des hiesigen Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung eingeladen waren. Es kam in dieser Sitzung zu gewissen grundlegenden Prinzipien, von denen die Herren Vertreter der Ministerien annahmen, daß sie für ihre Behörden acceptabel sein würden und von denen auch wir hofften, daß die Stadtverordnetenversammlung dieselben acceptieren würde, wenn dieselbe aufgefordert werden würde, in bindender Weise Stellung dazu zu nehmen. Von den beiden Vertretern ist nun angeregt worden, daß die Stadt ein eigenes Gebäude für die gewerbliche Fortbildungsschule errichte, das Baukapital solle von Seiten der Regierung 20—30 Jahre lang mit 3 pCt. verzinst werden. Außerdem wolle der Staat die Zuschüsse, die er bisher für die Schule aufgewendet habe, auch fernerhin zahlen, erklärte sich auch bereit, diese Zuschüsse bis zu einer gewissen Grenze zu erhöhen und von den jenseits dieser Grenze liegenden Kosten $\frac{7}{10}$ zu tragen, während die Stadt $\frac{3}{10}$ aufbringen sollte. Die Heizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten sollte die Stadt auf ihren Säckel übernehmen. Wir erklärten darauf, daß diese Bedingungen für uns unannehmbar seien. Man dürfe bei dem hohen Zinssfuß doch mindestens eine Verzinsung von 4 pCt. fordern, weil sonst die Stadt eine zu große Last treffen würde. Die Vertreter der städtischen Körperschaften verlangten ferner auch, daß die Maximalsumme für die zu gewährenden Staatszuschüsse mindestens auf 18 000 Mk. erhöht werden solle. In diese Summe sollten auch die Kosten für Heizung, Beleuchtung u. mit einbezogen werden. Die Kommissare hielten das letztere für ausgeschlossen, glaubten aber, eine Verzinsung des Baukapitals mit 4 pCt. und eine Erhöhung der Staatszuschüsse bis zu 17 000 Mk. von ihren Ressorts erwirken zu können. Das ist, was bisher zur Sache verhandelt worden ist. Der Regierungspräsident hat nun veranlaßt, daß die Angelegenheit hier in gemeinschaftlicher Sitzung beraten werde.

Regierungskommissar Dr. Dschenfzig: Nach den erschöpfenden Ausführungen des Vorredners kann ich mich auf wenige Mitteilungen beschränken. Der Minister schlägt der Stadt vor: Die Stadt hat zur Aufnahme der kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschule an einem von der Regierung zu genehmigenden Platze, zu einem bestimmten Zeitpunkt und nach einem vorgeschriebenen Plan einen Neubau zu errichten. Die Stadt übernimmt vorweg die Kosten für Unterhaltung, Beleuchtung u. des Gebäudes. Der Staat verpflichtet sich, einen Zuschuß von 17 000 Mk. jährlich zu zahlen und von der diese Summe überschreitenden Kosten $\frac{7}{10}$ zu übernehmen, wie auch das Baukapital 30 Jahre lang mit 4 pCt. zu verzinsen. Sollte später die Anstellung selbständiger Direktoren, Lehrer, Lehrerinnen erforderlich werden, so hat die Stadt von den Gehältern und der Reliktverforgung $\frac{2}{3}$ zu zahlen, während $\frac{1}{3}$ vom Staate rückvergütet wird.

Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Die soeben verlesenen Bedingungen enthalten etwas Neues, und zwar die Anstellung selbständiger Direktoren u. Diese Frage ist bei den bisher gepflogenen Verhandlungen gar nicht berührt worden, ebensowenig die Aufnahme auch der kaufmännischen Fortbildungsschule in den Neubau. In diesem Falle würde der gewählte Staatszuschuß schon jetzt in keinem Falle ausreichen, da die gewerbliche Fortbildungsschule allein im vorigen Jahre schon einen Kostenaufwand von rund 15 000 Mk. erforderlich machte. In einzelnen Jahren ist sogar ein Aufwand von 16—17 000 Mk. nötig gewesen. Wenn nun noch die kaufmännische Fortbildungsschule mit

in das Gebäude gebracht werden soll, so würde das unsern Stadtsäckel zu sehr belasten. Die Maximalsumme müßte dann bedeutend erhöht werden. Angenommen, das Gebäude koste uns 150 000 Mk. — es wird aber wohl unter 180 000 Mk. nicht herzustellen sein — dazu kämen dann die höheren Kosten der Verzinsung und Amortisation, $\frac{3}{10}$ von der 18 000 Mk. übersteigenden Summe, dazu ferner die Unterhaltungs-, Beleuchtungs u. Kosten, das bedeutet schon eine Belastung des Stadtsäckels mit 5—6000 Mk. jährlich. Wenn wir noch genötigt sein sollten, bei einer eventuellen Anstellung besonderer Lehrer und Direktoren $\frac{2}{3}$ von deren Gehältern und Reliktverforgungen zu übernehmen, so sind das Summen, die wir nicht auf uns nehmen können, so sehr wir auch wünschen, daß das Fortbildungsschulwesen so viel erreiche, als auf diesem Wege nur erreicht werden kann. Ich bin der Meinung, daß gerade bei uns hier im Osten die Staatsregierung nicht so darausrängen sollte, alles aus uns herauszuziehen, was wir an Lebenskraft noch übrig haben, statt uns zu stärken und zu kräftigen in unserem schweren wirtschaftlichen und nationalen Kampfe. Beifall. Die Bedingungen, die uns heute gestellt wurden, sind noch viel härter, als diejenigen, die die Kommissare an uns richteten. Ich bin der Meinung, daß wir auf dieser Grundlage zu keiner Einigung kommen werden, spreche aber trotzdem die Hoffnung aus, daß wir bei beiderseitigem guten Willen zu Beschlüssen kommen werden, die beide Teile befriedigen. Es wäre uns nichts erwünschter, als wenn die Schule bald ein neues Gebäude erhielte und uns dadurch der Unannehmlichkeit überhöbe, die Fortbildungsschule in unseren übrigen Schulgebäuden unterbringen zu müssen. Ich erlaube mir an den Kommissar die Frage zu richten, ob die von ihm vorgeschlagenen Bedingungen letzte Bedingungen sind und ob wir dieselbe, um eine Einigung zu erzielen, pure annehmen müssen.

Regierungskommissar Dr. Dschenfzig: Es sind letzte Bedingungen, trotzdem würde ich raten, daß die Versammlung ihre Bedingungen formuliere, ob die Ministerien dieselben annehmen, kann ich nicht versprechen.

Stadtverordnetenvorsteher Boethke hält es für gut, wenn die Stadtverordnetenversammlung sich zu der Frage äußere, um eventuell über die Höhe der Maximalsumme schlüssig werden zu können.

Stadtrat Krüwe ist der Ueberzeugung, daß solch eine wichtige Vorlage in so großem Kreise nicht berathen werden könne. Es wird sich empfehlen, die Angelegenheit zuerst im Magistrat und dann in der Stadtverordnetenversammlung vorzubringen. Man kann so etwas nicht über das Knie brechen. Ich würde deshalb vorschlagen, die Sache zu vertagen.

Stadtverordneter Schlee: Wir müssen unsere Gegenvorschläge bis ins kleinste vorher beraten und formulieren. Was der Erste Bürgermeister ausgeführt, ist mir ganz aus dem Herzen gesprochen. Wir sind hier mindestens so schwer bedrängt, als Posen. Dort regnet es förmlich an Staatszuschüssen und Beihilfen, (800 000 Mk. für das Stadttheater) dort bietet die nahe bevorstehende Entfestigung die Möglichkeit einer gesunden Entwicklung, dort beginnt man mit allen Mitteln der Industrie aufzuhelfen. Wir hier sind durch die Festungswerke eingesperrt, Handel und Wandel allenthalben beschränkt und eingeschlossen, wir haben keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, da uns das Hinterland fehlt. Die Steuern steigen bei uns von Jahr zu Jahr, während man dort mit vollen Händen giebt, geht Thorn leer aus. Ich möchte die Bitte aussprechen, daß man auch uns in dieser Weise entgegenkommt. Wir werden es nicht fehlen lassen, zu thun, was wir vermögen. Die vorliegende Frage ist so wichtig, daß wir heute auf keinen Fall darüber Beschluß fassen können. Sie erscheint mir ganz dazu angethan, erst in gemischter Kommission durchberaten zu werden. Die hierbei gefaßten Beschlüsse können wir ja dann der Regierung einreichen. Ich bin für Vertagung.

Stadtverordneter Wolff: Man kann von uns nicht verlangen, daß wir heute über diese Sache, ohne genügend über dieselbe informiert zu sein, Beschluß fassen sollen. Ich beantrage Vertagung, einen Entschluß dürfen wir heute unter keinen Umständen fassen.

Stadtverordneter Rawitzki ist ebenfalls für Vertagung.

Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Ich kann mich diesen Anträgen nur anschließen. Man wird mir zugeben müssen, daß ich meinerseits alles gethan habe, um die Sache so weit zu klären. Nun, nachdem neue Gesichtspunkte in die Verhandlung hineingetragen worden, sind wir gezwungen, zu erklären, die Sache erst nach den Vorschriften der Städteordnung zu behandeln. Die Schuld liegt also nicht auf meiner Seite, sondern auf Seiten der Regierung.

Regierungskommissar Dr. Dschenfzig: Ich kann dem nicht beipflichten, was Vorredner über die neuen Gesichtspunkte gesagt hat. Soweit ich mich erinnere, ist auch bei der ersten Beratung schon von der Aufnahme der kauf-

männischen Fortbildungsschule die Rede gewesen. Ich bitte, jetzt eine Vorberatung stattfinden zu lassen und die Angelegenheit nicht ad calendas Graecas zu vertagen.

Erster Bürgermeister Dr. Kersten: Uns allen liegt es völlig fern, die Sache irgendwie zu verschleppen oder ad calendas Graecas zu vertagen, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Aber wir müssen unsern Standpunkt wahren und unsere Rechte verteidigen. Das können wir aber nicht, wenn man uns vorher nicht die Bedingungen mitgeteilt. Der wesentlichste neue Punkt ist nicht die Aufnahme auch der kaufmännischen Schule in das Gebäude, sondern die Anstellung besonderer Lehrer u., und das wirkt auf die Kosten ganz gehörig ein. Wir sind auch gern bereit, die Sache heute weiter zu besprechen, aber ich spreche mir keinen Erfolg davon. Ich halte es für das Richtige, wenn der Kommissar uns die Bedingungen schriftlich mitteilt, damit wir dazu unsere Position einnehmen können, was uns genehm ist, concedieren u. Das ist der beste Weg. Was wir heute besprechen, ist doch umsonst. Eine Verschleppung wird sicher nicht eintreten, wir werden uns vielmehr mit der größten Gründlichkeit und Schleunigkeit die Sache annehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Boethke: Dem, was der Kommissar von uns wünschte, sind wir ja bereits nachgekommen. Der Kommissar wird aus der bisherigen Besprechung sicher ein genaues Bild gewonnen haben, wie die Versammlung über diese Frage denkt.

Regierungskommissar Dr. Dschenfzig erklärt, den vom Ersten Bürgermeister vorgeschlagenen Weg einschlagen, also die Bedingungen schriftlich mitteilen zu wollen und verläßt den Saal.

Es übernimmt nunmehr wieder der Stadtverordnetenvorsteher Boethke den Vorsitz und bringt zunächst die Danktelegramme zur Verlesung, die auf die Thorneer Honigkuchenfundungen aus den Civillabinetten des Kaisers und der Kaiserin eingegangen sind. Telegramme mit eigenhändiger Unterschrift haben die Kaiserin Friedrich und der Kronprinz gesandt. Dieselben werden stehend angehört. Sämtliche Telegramme erhalten neben dem Ausdruck des Dankes herzliche Wünsche für das weitere Fortkommen und Gedeihen der Stadt Thorn.

Bei der nun folgenden Wahl für den Verwaltungsausschuß werden die bisherigen Mitglieder sämtlich wiedergewählt. Bei ersterem sind dies die Stadtverordneten Hensel, Kordes, Dorau, Ueblich, Göwe, Wolff; bei letzterem die Stadtverordneten Rittler, Adolph, Cohn, Gluckmann, Hellmoldt, Illgner. In die Kommission für Veräußerungsstrafen werden die bisherigen Mitglieder Preuß, Wegner und Roze per Acclamation wiedergewählt.

Zur Erledigung kommen nunmehr die Vorlagen des Verwaltungsausschusses, für welche Stadtverordneter Hensel referiert. Der Betriebsbericht der städtischen Gasanstalt pro Monat September 1900 wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Zur Vergrößerung der elektrischen Zentrale wird an das Elektrizitäts eine kleine Parzelle bis zum Jahre 1914 gegen eine einmalige Entschädigung von 100 Mk. verpachtet. Zur Deckung des Kohlenbedarfs auf dem Schlachthof werden 1500 Mk. debattelos nachbewilligt. Von der Anstellung des Schuldieners Pacharias an der neuen Knabenmittelschule nimmt die Versammlung Kenntnis und stimmt der Erneuerung des mit Bloß-Schwenwalde abgeschlossenen Vertrages über die Straßentricht-Abfuhr — Wert 10 860 Mk. — zu. Hierbei rügt Stadtverordneter Lindau die mangelhafte Beschaffenheit der Abfuhrwagen, deren Deckel so schlecht schließen, daß der Staub auf die Straßen wehe. Von anderer Seite werden die oft stundenlang vor den Häusern stehenden offenen Gemüllkästen einer abfälligen Kritik unterzogen. Der Magistrat verspricht, bei entsprechender Gelegenheit für Abhilfe sorgen zu wollen.

Bezüglich der Illumination am 18. wird beschlossen, außer dem Magistratsgebäude auch die Schulen zu erleuchten. Auf die Kinder würde es, so führt der Erste Bürgermeister dazu aus, einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn die Stätten, in denen sie gebildet werden, an dem Festabend dunkel blieben. Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unternehmen am Festtag einen gemeinschaftlichen Kirchgang. Es wird beschlossen, sich hierzu um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im Rathause zu versammeln. Die evangelischen Mitglieder besuchen den Festgottesdienst in der altstädtischen Kirche.

Die übrigen Vorlagen gelangten nun sämtlich ohne Debatte zur Erledigung.

Die anderweite Festsetzung des Gehalts eines Rassenassistenten wird auf die geheime Sitzung vertagt. Das Pachtverhältnis mit dem Glasermeister Emil Hell bezüglich des Turmgebäudes Altstadt Nr. 400 wird für den Pachtpreis von 200 Mk. auf ein Jahr verlängert, ebenso der Vertrag über die Verpachtung der zwischen der städtischen Wache und dem Grundstück Mader Nr. 272 belegenen städtischen Altkapelle für 20 Mk. jährlich. Der frühere Pachtpreis betrug 30,15 Mk. Der Vertrag über die Erhebung des

Beilage zu No. 15 Der Thorer Ostdeutschen Zeitung.

Freitag, den 18. Januar 1901.

Vom Reichstage.

Berlin, 16. Januar.

Am Bundesratssitz: ein Kommissar.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über die Gewerbeberichts-Anträge. Der von den Abg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragte Gesetzentwurf will vor allem die Gewerbeberichte obligatorisch machen und ihre Kompetenz erweitern, sowohl personell wie materiell, nämlich auf Bergbauarbeiter, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Gesinde, kaufmännische Angestellte, sowie ferner ganz ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes. Auch will der Entwurf das Verfahren wesentlich ändern, z. B. auch den Frauen das Wahlrecht geben. — Mit zur Beratung steht der Antrag Trimborn (Z.), der die Gewerbeberichte zwar ebenfalls obligatorisch machen will, aber nur für Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern. Der Antrag will außerdem die Kompetenz auf verschiedene Arten von Entschädigungsansprüchen (gesetzliche Entschädigungen in Arbeitsbüchern, Zeugnisse, Invaliditätsversicherungskarten usw. sowie auf gesetzliche Vorentscheidungen dieser Papiere) ausdehnen. Endlich will auch dieser Antrag das Wahlverfahren ändern.

Abg. Hize (Z.) empfiehlt eine von ihm beantragte, vom Zentrum und den Nationalliberalen unterstützte Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Formen herbeizuführen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden.

Abg. Beck-Heidelberg (nl.): Auch seine Freunde wünschten eine baldige Einigung in dieser wichtigen Frage. Sie könnten dem Trimbornschen Gesetzentwurf um so mehr zustimmen, als dieser sich in seinen Vorschlägen in angemessenen Schranken halte.

Abg. Dertel. So richtig wie der Vordrucker sehen wir die Verhältnisse nicht an. Der Antrag Trimborn ist der Mehrheit meiner Freunde sympathisch und annehmbar. Dagegen ist uns der Antrag Albrecht und Genossen unannehmbar, wenn er auch einzelne brauchbare Punkte enthält. Keinesfalls sind wir mit dem obligatorischen Charakter der Gewerbeberichte einverstanden.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Er selbst sowie Andere seiner Fraktion ständen auf dem Stummschen Standpunkte und hegten Bedenken gegen jede Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbeberichte.

Abg. Zubeil (Soz.) tritt nach einer kurzen Kritik des völlig ablehnenden Stummschen Standpunktes lebhaft für den Antrag seiner Partei ein. Der Antrag Trimborn genüge nicht; es bedürfe einer ausgiebigeren Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbeberichte und einer stärkeren Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten, besonders durch Herabsetzung der Altersgrenze. Wenn man die vorliegenden Anträge nicht gleich im Plenum durchberate, werde in dieser Session nichts herauskommen.

Abg. Münch-Ferber (nl.) tritt als Mitunterzeichner für die Resolution Hize ein. Man solle sich nicht mit der Sozialversicherung begnügen sondern auch auf dem in der Resolution angedeuteten Wege dem Frieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern zu dienen suchen.

Abg. Böckel-Deffau (fraktionell.) spricht seine Freude darüber aus, daß ledigliche Mitglieder der freikonservativen Partei sich gegen eine weitere Ausgestaltung des Gewerbeberichtswezens ausgesprochen hätten. Einer allgemeinen obligatorischen Einführung der Gewerbeberichte, wie der sozialdemokratische Antrag sie verlange, könne er allerdings nicht zustimmen, weil er davon eine Störung der Fühlung der ordentlichen Gerichte mit dem Volke befürchten müsse.

Abg. Rosenow (Soz.) befürwortet den Antrag seiner Partei.

Damit schließt die Debatte. Die Anträge Albrecht und Trimborn werden einer Kommission überwiesen, die Resolution Hize angenommen.

Morgen 2 Uhr: Etat.

(Schluß 4 1/2 Uhr.)

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 16. Januar.

Am Ministertische: von Miquel, von Thiele.
Verzogen ist gestern der Abgeordnete Rohde-Dorf (Kon.), gewählt für Oberode-Heidenburg.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Schmieding (nl.) bekämpft die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Jagdzewski über die Polenpolitik. Bei der Kohlenfrage handelt es sich mehr um eine Kohlennot als um eine Kohlennot. Der Kanal muß gebaut werden. Der Herr Eisenbahnrat wird sich durch Nachfrage bei den rheinischen Eisenbahndirektionen überzeugen lassen, daß es so nicht weitergehen kann.

Abg. v. Arnim (L.): Wir werden die Kanalvorlage objektiv prüfen und können dem Abg. Richter in keiner Weise zustimmen. Die Vorlage ist eine ganz neue, sie muß also auch von Neuem und gründlich beraten werden. Eine ganze Reihe von Wünschen der Landwirtschaft sei noch immer unberücksichtigt.

Abg. Dr. Mizerski (Pole) bezieht in längerer Rede absichtlich die neuen Maßnahmen gegen die Polen, welche eine friedliche Gesinnung haben.

Minister Fehr. v. Rheinbaben begründet die gestrigen Ausführungen des Ministers Miquel durch Verletzung aus einem nationalpolitischen Gesichtspunkte, der sich dahin äußerte, für die Polen könne man wohl etwas Gutes thun, mit den Polen nie. Die Polen-Artikel in der „Berliner Korrespondenz“ habe er angeordnet, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Regierung entschlossen sei, die begrenzten Maßnahmen gegen die Polen mit Energie zu Ende zu führen. Wir werden die Agitation rücksichtslos in derdrücken, und die Herren Polen könnten mit dazu beitragen, daß diese Agitation aufhört. Auf allen Gebieten dagegen muß unter solchen Umständen das Deutschthum in den polnischen Provinzen gestärkt werden. Dabei muß sorgsam und planmäßig vorgegangen werden, und der Anfang ist in dem vorliegenden Etat gemacht.

Abg. Dr. Sattler (nl.). Man müsse dem Bestreben entgegenzutreten, die polnischen Kinder von den deutschen abgegrenzt zu halten und zwischen Polen und Deutschen eine Scheidewand von der Wiege bis zur Bahre zu errichten.

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) behauptet, daß diese letzte Auffassung völlig unrichtig sei. Besser wäre es, den Polen größere Versammlungsfreiheit zu gestatten, damit solchen Ausführungen sofort entgegengetreten werden kann.

Minister Fehr. v. Rheinbaben erwidert, daß sein Etat in vielen Positionen erheblich erhöht sei; unter diesen Umständen habe er geglaubt, auf die höhere Forderung bei diesem Titel verzichten zu müssen.

Minister von Miquel fürchtet, daß die Privatwohlthätigkeit auf diesem Gebiete sofort zurückgegangen sein würde, wenn eine beträchtliche Erhöhung des Fonds stattgefunden hätte. Das müsse aber unter allen Umständen vermieden werden.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) findet diesen Hinweis sehr fiskalisch; aber helfen werde er dem Finanzminister auf die Dauer nicht. Wenn die Position im nächsten Etat nicht erhöht werde, so werde er wieder für die Erhöhung eintreten.

Damit schließt die Debatte.
Die üblichen Teile des Etats werden der Budget-Kommission überwiesen.

Morgen (Donnerstag), 2 Uhr: Interpellation Fund-Sänger (fr. Rp.) über den Eisenbahn-Unfall bei Offenbach; Antrag Wemer (fr. Rp.) auf anderweitige Einteilung der Landtagswahlkreise.
Schluß 3 1/4 Uhr.

Moralische Verbrechen.

141 Roman von Nina Menke.

„Herr, wir wollen niemand zur Last fallen!“ stotterte Darja endlich mit erstarrter Stimme und wollte noch etwas hinzufügen, doch Leontjew ließ sie nicht zu Worte kommen. Es gewährte ihm eine Befriedigung, auf irgend jemand wenigstens einen Teil seiner Schuld wälzen zu können, und trotzdem er wußte, daß er Darja im Grunde genommen Unrecht that, mochte er es nicht zugeben.

„Höre endlich mit Deinem unfinnigen „Zwischen“ und „Zurückstufen“ auf!“ polterte er, mit dem Fuß aufstampfend, „ich habe es satt. — Der Knabe ist in meinem Hause, ich habe freiwillig übernommen, für ihn zu sorgen, und wenn es ihm dennoch an irgend etwas fehlt, so hast Du mich davon in Kenntniß zu setzen, verstanden?“

„Ja, Herr!“
„Hörst Du Geld, kauft, was er braucht, und wenn es nicht reichen sollte, so erhältst Du mehr, so viel Du brauchst, so viel Du verlangst wilst. Eines aber wisse, für die blaffen Wangen des Knaben werde ich von heute ab von Dir Rechenschaft fordern!“

Dankend wollte Darja ihm die Hand küssen, doch er riß sich fast gewaltsam los, schleuderte eine Banknote auf den Tisch und verließ das Zimmer.

In seinem Kabinet angekommen, begann er mit großen hastigen Schritten auf- und abzugehen, in seinem Innern wühlte und gährte es, Born, Echam und das qualende Bewußtsein seiner Schuld drohten ihn zu ersticken. — Als so hatte er seine Pflicht dem Knaben gegenüber erfüllt, so für Annas Kind geforgt, welches sie ihm in letzter Stunde gläubig in die Arme legen wollte! Langsam hingegen hätte er es in seiner Partherzigkeit, in seinem unmenschlichen Egoismus, und nur dem Zufall, der ihm noch rechtzeitig die Augen öffnete, konnte er es danken, nicht zum moralischen Verbrecher geworden zu sein! — Von Minute zu Minute wuchsen die Anlagen, welche sein Gewissen

ihm erbarmungslos in das Gesicht schleuderte, und während er, die Hände auf dem Rücken, den Kopf auf die Brust gesenkt mit immer eiligeren Schritten seine legantes Arbeitszimmer durchmaß, in welchem jeder Gegenstand Beweis dafür ablegte, mit welchem Raffinement er an seine eigene Bequemlichkeit und Gesundheit dachte, standen vor seinem geistigen Auge mit beängstigender Deutlichkeit die nackten, grauen Wände der lichtleeren Hinterstube und das blasse Kind mit den dunkel umschatteten eingefallenen Augen, welches dort verkümmerte. Aufstöhnend preßte er beide Hände an die Schläfen, starrte eine Weile, in Gedanken verloren, auf das bunte Teppichmuster zu seinen Füßen, griff dann nach seinem Hut und verließ das Haus. — Seitdem sah man ihn längere Zeit in den Nachmittagsstunden die Stadt nach den verschiedensten Richtungen durchwandern, und eines Morgens erklärte er seiner erstaunt aufstrebenden Schwester, sie habe am Ersten nächsten Monats den Umzug zu bewerkstelligen, er hätte eine andere Wohnung gemietet, da die jetzige nicht geräumig genug wäre.

Zekaterina Zwanowna schlug vor Entsetzen die Hände zusammen, wo hätte man jemals gehört, daß ein Mensch, der ein eigenes Haus besaß, in einem anderen Unterkunft suchte?! — So etwas grenzte ja fast an Wahnsinn! Und nicht geräumig genug sollte die Wohnung sein? — Ja, hatte der Bruder denn wirklich den Verstand verloren? — Diese Menge von Zimmern sollte nicht für zwei Menschen, welche noch dazu ein überaus zurückgezogenes Leben führten, ausreichen? Dachte er am Ende daran, Gesellschaften oder Bälle zu veranstalten? — Herr Gott, daß sie auf ihre alten Tage so etwas erleben mußte! — Aber Nicolaj Zwanownitsch ließ sich auf keine weiteren Erörterungen ein, faltete seine Serviette zusammen, wünschte eine gesegnete Mahlzeit und erhob sich. Auf der Schwelle zum Nebenzimmer wandte er sich noch einmal um.

„Vergiß nicht, Katje,“ rief er in die Eckstube zurück, „genau am Ersten muß die Wohnung hier geräumt sein!“ Damit verschwand er und überließ Zekaterina Zwanowna ihren Gedanken und ihrer maßlosen, vor allen Dingen aber nutzlosen Empörung.

Das Thema des Wohnungswechsels wurde zwischen den Geschwistern nicht weiter berührt, aber in Zekaterina Zwanowna gährte verhaltener Groll, glaubte sie doch nur zu genau die Gründe, welche zu dem sinnlosen Vorgehen des Bruders Veranlassung gaben, zu kennen. — Dieses Kind, dieser namenlose Bastard, seinetwegen fand er seit einiger Zeit alles nicht gut genug, ihm hatte sie die Unannehmlichkeiten, welche solch' ein Umzug unbedingt mit sich brachte, zu verdanken, ihm die Trennung von dem lieb gewordenen Ort, an welchen sie sich seit Jahren gewöhnt hatte, in dem ihr jeder Winkel vertraut und teuer geworden war. — Gewiß, sie erlebte es noch, daß er sie einst ganz aus dem Hause des Bruders verdrängte, denn machte dieser schon heute solche Umstände mit dem nichtsnutzigen Jungen, welcher am besten nie das Licht der Welt erblickt hätte, was stand alsdann später zu erwarten, wenn er mit List und Schlaueit seinen Einfluß benutzen und erweitern würde!

Trotz all' dieser Raisonnemens, mit welchen sich Zekaterina Zwanowna manche Stunde verbitterte, bereitete sie jedoch alles zum Umzuge vor, und genau am Ersten des folgenden Monats wurde derselbe bewerkstelligt.

Die Wohnung, welche Leontjew gewählt hatte, war allerdings geräumiger und bequemer als die vorhergehende, ihr größter Vorzug aber bestand in einem großen, schattigen Garten, mit welchem sie in direkter Verbindung stand, denn aus einem der Zimmer, einem lustigen, sonnigen Gemach, führte eine Glasstür auf eine mit wildem Wein umzogene Veranda und dann in das Freie. — Zekaterina Zwanownas Augen leuchteten auf beim Anblick all' des duftigen Grüns, welches ihr beim Deffnen vom Fenster entgegenlachte. — Sie ging nicht viel und nicht oft aus, fand keinen Genuß im Besuch geräuschvoller Promenaden, und nichts konnte ihr deshalb lieber sein als diese wirklich schöne Gartenanlage mit ihren wunderbaren, von goldenen Lichtreflexen unterbrochenen Schatten! — Sofort hatte sie dem Zimmer auch seine Bestimmung zuertheilt, als Speisesaal eignete es sich jedenfalls am besten, und im Sommer konnte man nicht nur den Nachmittagskaffee, sondern auch das Frühstück auf der grünumrankten Veranda einnehmen. — Doch wie erstaunt war sie, in diesem Punkt auf ganz unerwarteten, aber entschieden Widerspruch bei dem Bruder zu stoßen! — Dieß er ihr, was

die Verteilung der übrigen Zimmer anbelangte, völlig freie Hand, so erklärte er allen Ernstes, und zwar in jenem Tone, den sie nur zu gut kannte und von dem sie wußte, was er zu bedeuten hatte, über diesen Raum bereits verfügt zu haben: Er hätte ihn für den kleinen Moz bestimmt, denn in diesem Alter brauche ein Kind nichts so sehr wie Licht, Sonnenschein und Bewegung in freier Luft. Zekaterina Zwanowna meinte, der Schlag müsse sie rühren; dieses schöne, lichtdurchflutete Gemach, das weitaus beste im ganzen Hause — ein Kinderzimmer! Vergeblich suchte sie dem Bruder klar zu machen, daß diese Anordnung lächerlich, ja mehr, unsinnig sei, vergeblich bot sie, um ihn zur Ueberzeugung zu bringen, ihre ganze Ueberredungskunst auf, er blieb eigensinnig bei dem einmal bestimmten, und schließlich mußte sie sich fügen. — Was blieb ihr dem Starrsinn des Bruders gegenüber auch anders zu thun übrig? — Aber ihre Abneigung gegen den Knaben wurde durch diesen Zwischenfall noch gesteigert, und so anschaudig derselbe auch an der Kreuzung ihrer Pläne im Grunde genommen war, sie konnte es ihm nicht verzeihen. Wo hatte man gehört, daß mit einem Bettelknecht, der das Gnadenbrot hier im Hause aß, solches Wesen gemacht wurde! — Na, sie war nur neugierig, womit der Bruder das Schlafzimmer des gräßlichen Bastards zu möbliren gedachte! Die Paar Bettstellen und das übrige alte Gerümpel würden sich köstlich in diesem Raum ausnehmen, und bereitete einem diese alle Grenzen gesunder Vernunft überschreitende Anordnung nicht solchen Aerger, man hätte lachen müssen!

Ihr Erstaunen und ihre Empörung aber wuchsen, als ein paar Tage später aus einem ersten Magazine verschiedene Möbelstücke, welche Doktor Leontjew dort gekauft hatte, in der neuen Wohnung desselben abgegeben wurden. Da war zuerst ein eisernes Kinderbettchen neuester Fagon mit einer Sprungfedermatratze und seidener Steppdecke, ein zierlicher Kinderwaschtisch aus Bambus, ein ebensolcher Spielstisch und allerliebste, zu demselben passende Stühle, da war ferner ein hübscher Wäscheschrank, angefüllt mit allerlei Kinderwäsche, eine Badewanne, ein schöner Wandschirm, helle Vorhänge, ja sogar ein weicher Teppich, kurz alles, was nur ein Kind zu seiner Bequemlichkeit und Gesundheit brauchen konnte. Mit starrem Blick musterte Zekaterina Zwanowna diese neue Ausstattung des Kinderzimmers, sie vermochte in ihrer Erregung kein Wort hervorzubringen, aber wer in dieser Stunde in ihr Herz hätte sehen können, wäre zurückgebebt vor dem, was er dort erblickte.

Mit ingrimmig-böhschem Aufschauen drehte sie dem unruhigen Zeug, wie sie sich ausdrückte, den Rücken und überließ das Auspacken und Anordnen desselben der alten Darja, die sich mit vor Freude zitternden Händen auch sofort daran machte.

Von da ab begann ein neues Leben für den kleinen Moz, ein Leben voll Licht, Lust und Sonnenschein, in dem seine Wangen sich mit dem Rot der Gesundheit färbten, sein junger Körper erstarkte und heranwuchs, seine schwachen Kräfte sich stählten.

Zwar kümmerte sich auch jetzt niemand von den Hausgenossen mehr als früher um ihn, zwar blieb er nach wie vor einzig auf sein Zimmer und den Garten beschränkt, aber in der freien Luft, umhegt und gepflegt von der alten Darja, an welche er wiederum alle Zärtlichkeit seines liebebedürftigen Kinderherzens verschwendete, war er glücklich und vermischte nichts. Nur die kurzen Besuche seines Pflegevaters, welcher zweimal wöchentlich in den Nachmittagsstunden auf Augenblicke in der Kinderstube erschien, um sich persönlich vom Wohlfinden seines Pflege Sohnes zu überzeugen, waren einen Schatten in dieses sonnige Knabenleben. Zekaterina Zwanowna sah er nie, ja er vergaß, daß außer Darja und dem wortfargen, alten Mann, an dessen regelmäßiges Erscheinen er sich schließlich gewöhnte, noch Menschen im Hause lebten, und als er einmal daran erinnert wurde, kannten sein Schreck, seine Angst keine Grenzen.

Es war an einem goldigen, sonnigen Herbstmorgen, Moz hatte soeben sein Frühstück beendet und lief, noch mit vollen Wädeln, den Rest seines Butterbrotes in beiden Händen haltend, durch die geöffnete Thür auf die Veranda hinaus, vor welcher sich der Garten in seiner ganzen taufuchten Herbstpracht ausbreitete. Kein Lüftchen regte sich, in weichem Glanz lag das Sonnenlicht auf dem breiteren mit Ries bestreuten Mittelweg,

